

Treibhaus!

Spüren Sie den Treibhauseffekt? die angeblich menschengemachte globale Erwärmung? mit Anteil der Schweiz am Welt-CO₂ von 0,148%? Merken Sie vielleicht jetzt endlich, wie wir pseudo-wissenschaftlich belogen, betrogen und hinter Licht geführt werden? Es geht bei der CO₂-Lüge nur um neue Steuern und Abgaben. Wie beim Jahrhundertlug „Waldsterben“. Geben Sie Gegensteuer!



Bürgeraktion, 8700 Küsnacht
PC 87-16415-6
Dr. Michael E. Dreher, Ex-NR

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

KANTONALE WAHLEN VOM WOCHENENDE

Eine gemischte Bilanz

Die SVP schneidet bei den zweiten Wahlen seit dem Oktober 2011, wie erwartet, durchgezogen ab. In den Kantonsregierungen konnten durchwegs gute Resultate erzielt werden, mit Spitzenergebnissen in den Kantonen Schwyz und Thurgau. In Schwyz konnte gar ein dritter Sitz im Regierungsrat errungen werden. Bei den Parlamentswahlen entsprechen die Resultate in etwa den Erwartungen. Während im Kanton Waadt Wähleranteile und ein Sitz dazugewonnen werden konnten, waren Verluste in Schwyz, St. Gallen und Uri zu verzeichnen.



MARTIN BALTISSER
GENERALSEKRETÄR
SVP SCHWEIZ

Die Wahlen vom Wochenende waren nicht wie fast alle Medien fälschlicherweise vermeldeten der erste, sondern bereits der zweite kantonale Wahlgang seit den Eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2011. Bereits im November des vergangenen Jahres fanden die Gesamterneuerungswahlen im Kanton Freiburg statt. Die SVP konnte dort drei Sitze im Parlament zulegen. Dass die Medien dieses Ereignis in ihren Analysen völlig ausblenden, sagt viel über die Qualität und die Stossrichtung der Berichterstattung aus. Insgesamt bestätigen die Wahlen am Wochenende den Trend, dass die etablierten Parteien Terrain an neue Gruppierungen und Parteilose verlieren.

Schwierige Ausgangslage

Die SVP war sich bewusst, dass die kantonalen Wahlen, welche unmittelbar nach den eidgenössischen Wahlen 2007 stattfanden, unter besonderen Vorzeichen standen. Mit dem Schwung des nationalen Wahlsieges und insbesondere mit der Reaktion auf die Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat konnten im Frühjahr 2008 massive und ausserordentliche Gewinne realisiert werden. Dieses Bild zeigte sich sowohl in St. Gallen, als auch in Uri und Schwyz. Für die SVP Schweiz war klar, dass eine Wiederholung dieser historischen Ergebnisse in diesem Jahr kaum möglich sein würde. Dies umso mehr, als dass neue Gruppierungen (St. Gallen und Waadt) und Parteilose (Schwyz) das Parteienspektrum erweiterten. Die Resultate am Wochenende bestätigen diese Prognose. Mit den erfreulichen Ergebnissen bei den Regierungsratswahlen und dem neuerlichen Wählerzuwachs im Kanton Waadt konnten

auch einige positive Akzente gesetzt werden. Ebenso konnte die Stellung als wählerstärkste Partei in den Kantonen St. Gallen und Schwyz gehalten werden, auch wenn man in diesen Kantonen wie im Kanton Uri bei den Parlamentswahlen letztlich empfindliche Niederlagen einstecken musste.

Aufbau in der Westschweiz setzt sich fort

Wie im Kanton Freiburg im vergangenen November, setzte sich auch im Kanton Waadt der positive Trend bei kantonalen Wahlen in der Westschweiz fort. Die SVP konnte ihren Wähleranteil insbesondere in den urbanen Gebieten ausbauen und einen Sitz im Parlament dazugewinnen (von 26 auf 27 Sitze). Leider vermochte sich im ersten Wahlgang der Regierungsratswahlen der SVP-Kandidat Claude-Alain Voiblet, trotz eines guten Resultats, auf der bürgerlichen Viererliste nicht durchzusetzen. Er wird am 1. April zu einem zweiten Wahlgang antreten und dort versuchen, für die SVP einen Sitz in der Regierung zurückzugewinnen.

Starke Stellung in der Zentralschweiz bestätigt

Im Kanton Uri konnte die SVP ihren im Jahr 2010 mit Beat Arnold erstmals errungenen Regierungssitz bestätigen. Im Parlament verlor man drei Sitze, nachdem vor vier Jahren die Sitzzahl von 9 auf 18 verdoppelt werden konnte. Damit bleibt die SVP die zweitstärkste Fraktion im Landrat. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die SVP im Kanton Uri erst seit dem Jahr 2000 überhaupt im Landrat vertreten ist.

Im Kanton Schwyz war aus SVP-Sicht der Gewinn des dritten Regierungsratsplatzes durch André Rüeggger das Highlight am Wochenende. Aber auch das Spitzenresultat des bisherigen Regierungsrates Walter Stählin und die sehr gute Wiederwahl von Regierungsrat Andreas Barraud verdienen Anerkennung. Im Schwyzer

Parlament konnte die SVP 35 Sitze erringen. Das sind sechs Sitze weniger als 2008, aber noch immer acht Sitze mehr als 2004. Damit hat sich die SVP Schwyz auch bei kantonalen Wahlen als stärkste Kraft etabliert.

Verluste in St. Gallen

Auch im Kanton St. Gallen bleibt die SVP wählerstärkste Partei. Mit 35 Sitzen liegt die SVP teilweise deutlich vor den anderen Parteien, auch wenn markante Verluste hingenommen werden mussten. Im Regierungsrat schaffte der bisherige SVP-Vertreter Stefan Kölliker, trotz perfider Angriffe im Wahlkampf, die Wiederwahl im ersten Wahlgang. Michael Götte wird zum zweiten Wahlgang um den noch vakanten Sitz antreten.

Populäre Regierungsräte im Kanton Thurgau

Die SVP freut sich, dass die zwei bisherigen Regierungsräte im Kanton Thurgau klar wiedergewählt wurden. Monika Knill erreichte bei der Wahl gar das Spitzenergebnis aller Kandidierenden und auch Jakob Stark konnte ein sehr gutes Wahlergebnis entgegennehmen, was für die Popularität der beiden Regierungsmitglieder im Kanton spricht.

Solide Arbeit gefragt

In den nächsten Monaten und Jahren ist von der SVP solide Arbeit gefragt. Zu Beginn der Legislatur auf eidgenössischer Ebene sind die Grundlagen für die politische Arbeit der nächsten Zeit zu legen. Die SVP hat seit den eidgenössischen Wahlen 2011 ihre Volksinitiative «gegen die Masseneinwanderung» eingereicht. Zur Behebung der ungelösten Probleme im Asylwesen hat sie 45 Anträge und mehrere dringliche Vorstösse zuhanden der laufenden Gesetzesrevision eingebracht und prägt die Arbeit in der zuständigen Kommission massgeblich mit. Die notwendige Volksinitiative zur Durch-

Arbeitstagung der SVP Kanton Zürich

Die direkte Demokratie – ein gefährdetes Erfolgsmodell

Samstag, 17. März 2012, 08.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr
Restaurant Rössli, Kempttalstrasse 52, 8038 Illnau ZH

HEUTE NOCH ANMELDEN

- 08.30 Uhr Kaffee / Gipfeli
- 09.00 Uhr Begrüssung / Einführung
Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich
Was steht in einer Verfassung? – Wie sind die Staaten organisiert?
- 09.10 Uhr Die Bundesverfassung und die Verfassung anderer Länder
Claudio Zanetti, lic. iur., Kantonsrat
Welche Rolle haben die Behörden? – Was dürfen die Behörden nicht tun?
- 09.30 Uhr Die Rolle von Legislative und Exekutive in der direkten Demokratie
Christoph Mörgeli, Prof. Dr. phil., Nationalrat
- 09.50 Uhr Die Rolle der Gerichte in der direkten Demokratie
Peter Karlen, Dr. iur., Bundesrichter
- 10.10 Uhr Pause
Wie können wir als Bürger im Staat mitwirken?
- 10.30 Uhr Volksrechte auf kommunaler, kantonalen und eidgenössischer Ebene
Hans-Ueli Vogt, Prof. Dr. iur., Kantonsrat
Wo ist die direkte Demokratie in Gefahr?
- 10.50 Uhr Völkerrecht, Schranken der Verfassungsrevision, Berufsparlament, Parteienfinanzierung: Direkte Demokratie und Milizsystem unter Druck
Gregor A. Rutz, lic. iur., Kantonsrat
- 11.10 Uhr Fragen/Diskussion: Was kann die SVP machen, um die direkte Demokratie zu stärken?
Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich
- 12.30 Uhr Schlusswort / Ende der Tagung
Alfred Heer, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Zürich

Anmeldetalon für die Arbeitstagung vom Samstag, 17. März 2012

Name:	Vorname:
Strasse:	PLZ, Ort:
Tel.:	E-Mail:

Bitte möglichst rasch zurücksenden an:
Sekretariat SVP des Kantons Zürich,
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf,
Fax 044 217 77 65 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



setzung des von Volk und Ständen angenommenen Ausschaffungsartikels in der Bundesverfassung liegt bei der Bundeskanzlei zur Vorprüfung. Am übernächsten Samstag, dem 24. März, wird die SVP mit einem themenorientierten Parteitag zudem einen weiteren Akzent in der Bildungspolitik setzen. Auch zeichnet sich im Verlauf dieser Legislatur ein wichtiger Kampf für die Volksrechte, die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes ab. Die SVP

und ihre Mandatsträger auf allen Stufen sind damit gefordert.

Auf kantonalen Ebene hat die SVP bereits in der Wahlanalyse nach den eidgenössischen Wahlen festgehalten, dass insbesondere der Organisationsgrad und die Strukturen verschiedener Kantonalparteien möglichst rasch und umfassend zu verbessern sind. Zudem kommt der Pflege von kantonalen Themen und kantonaler Politik grosse Bedeutung zu.

Fotovoltaik

Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

Maschinenring
Marschweg 200b, Wetzikonstrasse 1
8630 Rüti, T: 043 293 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

Schreinerei Hanspeter Rüttschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruettschi.ch

MÖBEL ALLER ART

Wir fertigen jegliche Möbel nach Ihren Bedürfnissen in unserer Werkstatt in Mönchaltorf.

AGRISANO

In Zusammenarbeit mit
SVP Versicherungen
USP Assurances

Natürlich Gut Versichert

Ihre Regionalstelle
Zürcher Bauernverband
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch

ZBV Versicherungen
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

NEU: airflow
Das Bett, das atmet.

Das airflow Prinzip leitet die Feuchtigkeit schnell durch die vertikalen Luftkanäle ab.

happy systems

ZOLLINGER + CO AG
Hardhofstrasse 15, 8424 Embrach
Telefon: 044 869 10 75
www.raferfeld.com

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44-307 11 55
www.ccg.ch

Drohbotschaft statt Frohbotschaft



VON CHRISTOPH MÖRGELI

Die Politik ist ein beliebtes Tummelfeld für Heuchler. Auch die Religion ist ein beliebtes Tummelfeld für Heuchler. Das beliebteste Tummelfeld für Heuchler aus Politik und Religion ist die Energiediskussion. Besonders virtuos handhabt das heuchlerische Fach der Grunder Hans – auf allen Kanälen berücksichtigt als «Echo von Trubschachen». Im Februar 2011 kämpfte er für den Ausbau des Kernkraftwerks Mühleberg. Im März 2011 kämpfte er für den Atomausstieg inklusive Mühleberg. Im März 2012 fand er die richterliche Stilllegung von Mühleberg einen «Blödsinn».

Letzten Samstag ertönte im «Wort zum Sonntag» des Schweizer Monopolfernsehens die gnadenlose Gnadenpredigt von Tania Oldenhagen. Sie stammt aus Deutschland und amtiert als Pfarrerin in Fluntern. Ihr Mann stammt auch aus Deutschland und amtiert als Pfarrer in Opfikon. Ihre energiepolitische Ansicht stammt ebenfalls aus Deutschland und amtiert als Mehrheitsmeinung in Berlin. Die bedauernswerte Frau ist als «Kind im Nuklearzeitalter» aufgewachsen und sah aus dem Fenster «Kernkraftwerke im Abendhimmel». Darum weiss Theologin Oldenhagen ganz genau: «Die Kernenergie ist ein Risiko für Gott.»

Gott sei Dank lebt unter uns Normalsterblichen in Fluntern die Risk-Managerin des lieben Gottes auf Erden. Die fanatische Busspredigerin weiss genau Bescheid, obwohl in der Bibel kein Wort über Kernenergie und Endlagerung radioaktiver Abfälle steht. Evangelium heisst wörtlich «frohe Botschaft». Doch statt der biblischen Frohbotschaft verkündet Tania Oldenhagen die politische Drohbotschaft: «Radioaktive Abfälle gefährden zukünftige Generationen, und sie gefährden Gottes Wohnung unter den Menschen.» Tatsächlich gefährdet der Atomausstieg die Pfarrwohnung der Oldenhagens unter den Menschen. Denn auch diese kommt ohne Kernkraft nicht aus.

Irdische Wahrheit ist: «Neue erneuerbare Energien werden auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, die Schweiz mit genügend Strom (Mengenproblem) zu einem günstigen Preis (Preisproblem) rund um die Uhr zu versorgen (Problem der Verfügbarkeit).» Genau das schreibt die Arbeitsgruppe «Christen + Energie». Deren Präsident heisst Stefan Burkhard und ist Pfarrer der reformierten Kirchgemeinde Wettingen-Neuenhof. Wetten, dass wir Pfarrer Burkhard nie im «Wort zum Sonntag» des Schweizer Fernsehens hören werden?

SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

Wenns um die Wurst geht, entscheidet der Souverän

Volksabstimmungen sind Weichenstellungen. Das vergangene Wochenende mit dem JA gegen den «uferlosen Zweitwohnungsbau» und dem NEIN zum freiwilligen Bausparen sowie die Traktanden der Bundesversammlung veranschaulichen diese Herausforderungen.



HANS EGLOFF
NATIONALRAT SVP
AESCH ZH

Am Abstimmungswochenende zwischen der zweiten und dritten Sessionswoche wurde die Volksinitiative der Schweizerischen Gesellschaft zur Förderung des Bausparens trotz eines stattlichen JA-Stimmen-Anteils abgelehnt. Das ist die schlechte Nachricht – aber es gibt auch eine gute: Die Instrumente der direkten Demokratie bieten die Möglichkeit, am 17. Juni dieses Jahres über eine gemässigtere Bausparvariante «Eigene vier Wände dank Bausparen» abzustimmen, die der Hauseigentümerverschweizer (HEV Schweiz) lanciert hat. Aufgrund der knappen Ablehnung der ersten Initiative bleibe ich – als Vorstandsmitglied des HEV Schweiz – zuversichtlich, dass die moderate Vorlage mehrheitsfähig ist. Denn diese Initiative setzt in schnörkelloser und idealer Weise die in der Bundesverfassung festgeschriebene Förderung selbstgenutzten Wohneigentums um – ein für den Mittelstand zentrales Anliegen, für das ich aus Überzeugung weiterkämpfe.

Abzocker-Initiative mit Gegenvorschlag

Das Volk soll nach dem Willen des Na-

tionalrats über die Einführung einer Bonus-Sondersteuer (Gesetz) als direkten Gegenvorschlag zur «Abzocker-Initiative» abstimmen. Für diesen Trick zur Mehrheitsbeschaffung haben sich die Grünliberalen entschieden. Wohl gemerkt nachdem sie in der Wintersession diese Bonussteuer noch abgelehnt hatten.

FDP, SVP und BDP bekämpften die Bonussteuer. Denn faktisch handelt es sich um eine Erhöhung der Gewinnsteuer. Die «Abzocker-Initiative» sieht keine derartigen Bestimmungen vor. In der Initiative und im indirekten Gegenvorschlag stehen ausschliesslich Massnahmen, um Lohn- und Bonusexzesse durch eine Stärkung der Aktionärsrechte einzudämmen.

Lohn muss Lohn bleiben

Vergütungen über drei Millionen Franken pro Jahr sollten nicht mehr zum geschäftsmässig begründeten und steuerlich abzugsfähigen Aufwand gehören. Damit schaffe man einen Anreiz für Gesellschaften, nicht mehr so hohe Löhne und Boni auszurichten. Für ihre Kehrtwende machten die Grünliberalen abstimmungstaktische Gründe geltend: Mit der Bonussteuer habe das Parlament einen Trumpf in der Hand.

Ich finde hingegen: Es mutet seltsam an, einen von der Unternehmung deklarierten Aufwand plötzlich nicht mehr zu akzeptieren. Ich teile deshalb

die Auffassung meines Schwyzer Fraktionskollegen Pirmin Schwander: «Der Gesetzgeber macht hier einen willkürlichen Eingriff in die Deklaration der Unternehmung. Lohn muss Lohn sein und bleiben. Letztlich bezahlt eben nicht der Empfänger des hohen Lohnes die Steuer, sondern die Unternehmung.» Die Bonussteuer nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der KMU, beanstandet auch der Schweizerische Gewerbeverband (SGV). Sollte es zu einer Ausmarchung zwischen der Initiative und der Bonussteuer kommen, unterstützt der SGV die Minder-Initiative.

Medien am Staatstropf?

Eine vom Nationalrat überwiesene Motion der Staatspolitischen Kommission (SPK) verlangt rechtliche Grundlagen für eine «indirekte und direkte Medienförderung». Einzig SVP und FDP lehnten diese Motion ab. Presseförderung und staatliche Qualitätskontrolle führen zur direkten Abhängigkeit der Medien von Staat und Politik, warnte der als Verleger und Medienprofi erfahrene Zürcher FDP-Nationalrat Filippo Leutenegger: «Nur Diktatoren kontrollieren ihre Medien. Der Staat fördert, was ihm gefällt.» Auch der Verband Schweizer Presse (Verlegerverband) lehnt staatliche Einflussnahme auf Medienhäuser ab. Viel sinnvoller sei es, die Rahmenbedingungen für die Medien zu verbessern, indem

beispielsweise der staatlich finanzierte Rundfunk (Radio und Fernsehen) wie bis anhin keine Onlinewerbung verbreiten darf, die Medien bezüglich Mehrwertsteuer entlastet bleiben oder der Vertrieb der Presseerzeugnisse durch vergünstigte Tarife gefördert wird.

Vom Frust in den Schlussabstimmungen

Zum Schluss noch dies aus ganz persönlicher Sicht: Die jeweils am Freitag der dritten Sessionswoche traktandierten Schlussabstimmungen über die von beiden Kammern übereinstimmend bereinigten Vorlagen sind eine irgendwie frustrierende «Veranstaltung». Da kämpfte man während mehrerer Wochen für oder gegen umstrittene Grundsätze und Einzelheiten, und zum «Finale» bleibt den Ratsmitgliedern nur noch die Möglichkeit, das «Gesamtkunstwerk» der Bundesversammlung per Knopfdruck zu bestätigen («grün» für JA), abzulehnen («rot» für NEIN) oder sich der Stimme zu enthalten. Zum Glück dürfen die Fraktionen wenigstens eine kurze Begründung für ihr Stimmverhalten abgeben. Gleichzeitig besteht ein gewisses Risiko, dass «fertige» Beschlüsse in letzter Minute aus Abschied und Traktanden fallen, wenn die beiden Kammern keine übereinstimmenden Entscheide fällen.

FREIHEIT ZUNEHMEND EINGESCHRÄNKT

Präventionsgesetz: unnötig, teuer und bürokratisch

Letzte Woche hat die Grosse Kammer entschieden, auf das Präventionsgesetz einzutreten. Damit geht die Vorlage zurück an den Ständerat, welcher das Gesetz als unnötig erachtet. Die IG Freiheit versteht nicht, warum die Mehrheit des Nationalrates ein derart bürokratisches, kostentreibendes Projekt befürwortet. Mit gesundem Menschenverstand hat dies nichts zu tun.

IG Freiheit. Die Mehrheit des Nationalrats ist offenbar der Meinung, dass den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern mittels Gesetz vorgeschrieben werden muss, wie oft sie die Zähne zu putzen haben. Augenmass und gesunder Menschenverstand scheinen den Politikern in Bundesbern vollends abhandengekommen zu sein. Darum hat die Grosse Kammer letzte Woche mit 106 zu 79 Stimmen Eintreten auf das unnötige Präventionsgesetz beschlossen.

Die Idee für ein Präventionsgesetz stellt einen weiteren Meilenstein punkto staatlicher Bevormundung dar. Wie immer, erfolgen die Einschränkungen schrittweise: Zunächst gibt der Staat Empfehlungen ab. Dann nimmt er mit Lenkungsabgaben und gesetzlichen Einschränkungen Einfluss auf das Verhalten der Bevölkerung. Zuletzt folgt als härteste Massnahme das Verbot.

Es kann nicht sein, dass staatlich verordnet wird, welche Nahrungsmittel gesund sind und wie viel Sport die Bürgerinnen und Bürger treiben müssen. Es ist falsch, dass der Bund Labels verteilt für Lebensmittel, welche die

Bundesbeamten als besonders vorteilhaft erachten. Ebenso fragwürdig sind unzählige Werbeverbote, die Forderung nach einem Verbot von Happy Hours oder die von der Bundesverwaltung angezettelte Diskussion über staatlich bestimmte Mindestpreise bei alkoholischen Getränken.

Die IG Freiheit ist der Meinung, dass die heutige Prävention, wie sie Kantone, Bund und vor allem auch Private bereits ausführen, völlig ausreicht. Das geplante Präventionsgesetz dient lediglich als Legitimation für weitere millionenschwere staatliche Präventionskampagnen. Dem übermässigen Aktivismus der Verwaltung ist Einhalt zu gebieten: Das Präventionsgesetz öffnet die Tür zur uneingeschränkten Regelung des Privatbereiches durch Funktionäre aus Bundesbern.

Das Gesetz geht nun zur Beratung zurück an den Ständerat, welcher bereits im letzten Dezember Nichteintreten beschlossen hat. Die IG Freiheit fordert die Vertreter der Kleinen Kammer auf, dem Nationalrat Selbstverantwortung und eigenes Urteilsvermögen vorzulegen und das Nichteintreten zu bestätigen.

Öffentlicher Bildungs-Sonderparteitag:

Volksschule: Praxisvorbereitung für Lehrer und Schüler

Samstag, 24. März 2012, 10.30 Uhr
in der Mehrzweckanlage Schafbüchel, Ebnat-Kappel (SG)

Programm

10h30	Grussworte Kanton St. Gallen Gemeindepräsident Christian Spoerlé, Ebnat-Kappel (SG) Regierungsrat Stefan Kölliker, Bronschhofen (SG)
10h40	Begrüssung und Eröffnung Parteitag Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident, Ebnat-Kappel (SG)
10h55	Lernen fürs Leben Bundesrat Ueli Maurer, Wernetshausen (ZH)
11h10	Schulpolitische Herausforderungen in den Kantonen Regierungsrat Stephan Schleiss, Steinhausen (ZG)
11h20	Auftrag der Volksschule: Lebenstauglichkeit, Mitmenschlichkeit, Berufs- und Wirtschaftstauglichkeit Nationalrätin Nadja Pieren, Burgdorf (BE)
11h30	Lehrlingsausbildung: Was wird von angehenden Lehrlingen verlangt? Roland Stoll, Leiter Berufsbildung Swissmechanic, Weinfelden (TG)
11h45	Fragen und Diskussion
12h15	Mittagspause
13h00	Lehrerbildung deutsche Schweiz: Was wird von angehenden Lehrern verlangt? Sarah Bösch, Bildungskommission Kanton Zürich, Kilchberg (ZH)
13h10	Forderungen an die Praxistauglichkeit von Lehrlingen und Lehrern Nationalrat Thomas de Courten, Rütenberg (BL)
13h20	Diskussion und Verabschiedung Forderungskatalog
14h00	Ende

Gästekarten können direkt bestellt werden, per E-Mail imobersteg@svp.ch, Tel. 031 300 58 58 oder Fax 031 300 58 59



KANTONS RAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kantonsrat gegen Transparenz bei der Eigenmietwertbesteuerung

Diese Woche beschloss der Kantonsrat über den Eigenmietwert von Liegenschaften und beendete die erste Lesung zur Volksinitiative «Grundstückgewinnsteuer Ja, aber fair!». Ausserdem wurde über den Sinn von KEF-Erklärungen debattiert und mittels Fraktionserklärungen über das Abstimmungsergebnis des Bürgerrechtsgesetz gestritten.



YVES SENN
KANTONS RAT SVP
WINTERTHUR

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderte **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf), dass die Kompetenz zur Festlegung des Eigenmietwerts von der Regierung zum Kantonsrat verschoben wird. Durch die Zuständigkeit des Parlamentes erhöht sich die Transparenz, da der Entscheid in der Öffentlichkeit gefällt wird. **Hans Heinrich Raths** (SVP, Pfäffikon) stellte in seiner Funktion als Präsident der vorberatenden Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) fest, dass die Kommissionsmehrheit diese PI ablehnt um das Thema Eigenmietwertbesteuerung nicht weiter zu verpolitizieren. Zudem sei in keinem anderen Kanton die Legislative für die Eigenmietwertbewertung zuständig. Eine Kommissionsminderheit allerdings stimme der PI zu und hoffe so auf mehr Transparenz. **Barbara Steinemann** stellte klar, dass die PI auf dem Entscheid des Regierungsrates vom August 2009 beruht. Damals wurde mit der Eigenmietwert-Neufestlegung eine Erhöhung um durchschnittliche 10 Prozent geschaffen. Praktisch alle Grundstückbesitzer würden seither eine deutlich höhere Steuerrechnung erhalten. Das Haus eines Ehepaars im Zürcher Weinland sei auf einen Schlag um 62 Prozent höher bewertet worden. Notabene ohne wertvermehrnde Umbauten. Empfindlich getroffen habe dies Hausbesitzer mit tiefen Einkommen, namentlich die AHV- und IV-Rentnerinnen und Rentner. Im interkantonalen Wettbewerb habe Zürich sehr hoch bewertet. Mit den bundesrechtlichen Vorgaben lassen

sich von Kanton zu Kanton differenzierte Ergebnisse erzielen, und Zürich wende dabei ganz besonders steuerergiebige an. Der Kanton Thurgau habe den Eigenmietwert für 2010 gerade mal um 0,1 bis 0,4 Indexpunkte erhöht. Während die Zürcher Steuerämter 195 Prozent bewerten, verlangten die gleichen Ämter im Kanton Aargau bloss 100 Prozent. Niemand wolle ernsthaft behaupten, dass die Häuser im Kanton Aargau gegenüber denjenigen im Kanton Zürich nur die Hälfte Wert seien. Das System im Kanton Zürich sei willkürlich. Eine Kompetenzverschiebung von der Regierung zum Parlament würde eine höhere Legitimation durch die demokratische Abstützung bedeuten. Die Steuern würden sich nicht mehr nach Finanzbedarf der Kantonsverwaltung, sondern nach der politischen Zusammensetzung richten. Ein solches Vorgehen sei demokratischer, transparenter und verwaltungsunabhängig. Der Kantonsrat lehnt diesen Änderungsvorschlag ab.

Grundstückgewinnsteuern

Hans Heinrich Raths erklärte, dass die Volksinitiative «Grundstückgewinnsteuer – Ja, aber fair!» des kantonalen Hauseigentümerversbands einen Rabatt auf die Grundstückgewinnsteuer vorsehe. So solle der Steuerrabatt um 6 Prozentpunkte statt wie heute 3 Prozentpunkte pro Jahr steigen. Nach 21 Jahren Besitz müssten gar keine Steuer mehr bezahlt werden. Die vorberatende Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) sei vom Kantonsrat beauftragt worden, einen Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten. Die Mehrheit der Kommission erkenne Handlungsbedarf, die Grundstückgewinnsteuerbelastung zu reduzieren. Der Gegenvorschlag sehe vor, dass ab einer Besitzdauer von 6 Jahren mit jedem

zusätzlichen Jahr die Ermässigung von bisher 3 auf 4 Prozent erhöht werde. Dadurch lasse sich die Teuerung ausgleichen und der Steuerausfall betrage noch 20 Prozent. Der Kantonsrat ist auf den Gegenvorschlag eingetreten und wird an einer späteren Sitzung abschliessend darüber beschliessen.

KEF Erklärungen

Mit einer Parlamentarischen Initiative (PI) forderte **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) zusammen mit der FDP und der GLP eine Verbindlichkeit von Erklärungen zum konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF). Bisher wurde in einer langen Debatte im Kantonsrat über den KEF beschlossen und die Regierung konnte selber entscheiden, welche Erklärungen sie umsetzen wollte. **Gregor Rutz** (SVP, Küsnacht) erklärte, dass das diskutierte und beschlossene auch umgesetzt werden muss. Die Zuständigkeit liege klar beim Kantonsrat. Auch wenn die Regierung im Kanton Zürich von den Stimmbürgern gewählt werde, bedeute dies noch lange nicht, dass diese bei Finanzgeschäften einen Freipass hätten. Die Sachlage sei klar: Der Kantonsrat ist zuständig für das Budget. **Hans Frei** (SVP, Regensdorf) betonte, dass es nicht nachvollziehbar ist, dass die Regierung dem Kantonsrat in der Finanzplanung weniger Einfluss geben möchte. Es sei wichtig, dass sich das Parlament zu den Planungsfragen äussere. Die PI wurde zusammen mit einer ähnlichen PI der CVP abgelehnt.

Bürgerrechtsgesetz

Nach dem doppelten NEIN der Stimmbürger vom vergangenen Sonntag interpretierte die Ratslinke in einer Fraktionserklärung, dass der Kanton Zürich keine höheren Einbürgerungshürden möchte. Der SVP-Fraktionspräsident

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Gegenvorschlag zur Volksinitiative Grundstückgewinnsteuer «Ja, aber fair»



ARNOLD SUTER
KANTONS RAT SVP
KILCHBERG

Der Kantonsrat lehnt den gültigen Teil der Volksinitiative des HEV ab und unterstützt folgerichtig den von der kantonsrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) ausgearbeiteten Gegenvorschlag. Wer heute sein Wohneigentum verkauft, bezahlt im Schnitt etwa 30 Prozent Steuern auf den Gewinn – wohlverstanden, das ist der Durchschnitt. Dies ist eine einmalige sehr happige Gewinnsteuer im Steuerrecht, wenn man sie mit anderen Steuern und mit anderen Kantonen vergleicht. Dass man immer noch 20 Prozent Steuern zahlt, wenn man nach 20 oder noch mehr Jahren sein Eigenheim verkauft, ist nicht nachvollziehbar. Es kann doch nicht sein, dass der Staat die Altersvorsorge mittels Eigenheim propagiert und am Schluss einen Grossteil als Steuern einsackt. Dies läuft dem Gedanken der Altersvorsorge völlig entgegen. Dies vor allem auch, weil die Grundstückgewinnsteuer auf den ganzen Gewinn, also auch auf der Teuerung, erhoben wird. Dieser Teil der Wertentwicklung ist nicht Gewinn, sondern reine Teuerung.

Konkret soll deshalb der Besitzdauererabatt, der nach 5 Jahren 5 Prozent beträgt, um jährlich 4 anstatt 3 Prozent ansteigen, so dass er nach 20 Jahren 65 Prozent erreicht. Im neuen Besitzdauererabatt soll damit die Teuerung, die über die Jahre entsteht, abgegolten werden. Anlässlich der Beratungen in der WAK stellte Prof. Felix Richner klar

und deutlich fest, dass bei der Gesetzesentstehung 1917 und 1951, der Besitzdauererabatt keine Teuerung beinhaltet. Bei der Gesetzesrevision 1951 wechselte der Kanton Zürich vom relativen zum absoluten Gewinn. Gleichzeitig wurde eine zusätzliche Geldentwertung (Teuerung) diskutiert, ob auch diese neu im Gesetz berücksichtigt werden solle. Der Kantonsrat lehnte sie damals nur knapp mit 58:55 Stimmen ab.

Der Besitzdauererabatt wurde indes beibehalten. Gerade dieser Entscheid zeigt eindeutig, dass der Besitzdauererabatt die Teuerung nicht beinhaltet. Auch der Verwaltungsgerichtsentscheid aus dem Jahre 1988, der besagt, dass die Teuerung systemfremd sei, ist zu relativieren, da sich dieser Entscheid auf das Fehlen eben dieser gesetzlichen Grundlage stütze.

Mit der Integration der Teuerung im Besitzdauererabatt, ergibt dies für die Steuerämter keinerlei Mehraufwand. Das Ganze fusst auf dem heutigen System. Auch der Vorwurf des Gemeindepräsidentenverbands (GPV), dass mit der Volksinitiative, vor allem Spekulanten und professionelle Marktteilnehmer profitieren würden, trifft beim Gegenvorschlag explizit nicht zu. Dies, weil sich bis zum 5. Jahr gar nichts ändern wird. Ab dem 6. Jahr entsteht eine Reduktion von ganzen 0,4 Prozent gegenüber dem geltenden Recht und erst nach 20 Jahren wird eine reine Steuerbelastung von 14 Prozent statt der bisherigen 20 Prozent erreicht.

Damit wird gerade dem Gedanken der Altersvorsorge Rechnung getragen. Unter diesem Aspekt sind die Steuerzufälle in den Gemeinden, in der Höhe von 75 Mio. Franken, auch vertretbar.

Hans Frei konterte und stellte fest, dass über 50 Gemeinden dem Gegenvorschlag der SVP zustimmten und damit deutlich mehr Gemeinden dem Gegenvorschlag gegenüber dem kantonsrätlichen Vorschlag den Vorrang gaben. Das neue Bürgerrechtsgesetz habe einen Rechtsanspruch auf den Schweizer Pass schaffen wollen. Jeder Ausländer hätte künftig seine Einbürgerung auf gerichtlichem Wege erstreiten können. Mit dem doppelten

Nein gelte nach wie vor der Status Quo. Die Gemeinden würden ihre Zuständigkeiten im Bereich des Bürgerrechts behalten, was aus Sicht der SVP auch richtig sei. Das neue Bürgerrechtsgesetz hätte zudem die Einbürgerung von Verbrechern vorgesehen, was in diametralem Widerspruch zum Bundesrecht gestanden hätte. Auch vor diesem Hintergrund sei die Ablehnung des Gesetzes zu begrüssen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: KANTONS RAT HAT AM MONTAG ...

- ... die erste Lesung zur Volksinitiative «Grundstückgewinnsteuer Ja, aber fair!» abgeschlossen und auf den Gegenvorschlag eingetreten. 😊
- ... zwei Parlamentarische Initiativen betreffend Verbindlichkeit von KEF-Erklärungen abgelehnt. 😞
- ... ein Postulat betreffend familienergänzende Kinderbetreuung für das kantonale Personal abgeschrieben. 😊
- ... eine Parlamentarische Initiative betreffend Zuständigkeit der Eigenmietwertbesteuerung abgelehnt. 😞
- ... ein Postulat betreffend Bürokratieabbau und Vereinfachung in der Besteuerung von natürlichen Personen und Unternehmen im Kanton Zürich abgelehnt. 😊

12. März 2012

ABSTIMMUNG ÜBER DAS KANTONALE BÜRGERRECHTSGESETZ

Volk will keinen Rechtsanspruch auf den Schweizer Pass

Die SVP bedauert den Ausgang der kantonalen Volksabstimmung vom letzten Wochenende. Der Gegenvorschlag der SVP zum kantonalen Bürgerrechtsgesetz, dem über 50 Gemeinden zustimmten – und damit deutlich mehr Gemeinden dem Gegenvorschlag gegenüber dem kantonsrätlichen Vorschlag den Vorrang gaben –, wäre ein tauglicher Weg zur Umsetzung des Verfassungsauftrags für eine einheitliche Gesetzgebung im Kanton Zürich gewesen. Hingegen begrüsst die SVP die Ablehnung des Bürgerrechtsgesetzes, welches mit der Schaffung eines generellen Rechtsanspruchs einen gefährlichen Weg beschritten hätte.

SVP. Das neue Bürgerrechtsgesetz wollte einen Rechtsanspruch auf den Schweizer Pass schaffen. Jeder Ausländer hätte künftig seine Einbürgerung auf gerichtlichem Wege erstreiten können. Die Gemeinden wären den meisten Kompetenzen verlustig gegangen, während die Gerichte neu das letzte Wort gehabt hätten. Mit dem doppelten Nein gilt nach wie vor der Status Quo, und die Gemeinden behalten ihre Zuständigkeiten im Bereich des Bürgerrechts, was aus Sicht der SVP auch richtig ist.

Das Bürgerrechtsgesetz hätte überdies zu Fraktionen mit dem geltenden

eidgenössischen Verfassungsrecht geführt: Im November 2010 wurde die Ausschaffungsinitiative von Volk und Ständen angenommen. Kriminelle Ausländer haben nach dem revidierten Art. 121 der Bundesverfassung unser Land zu verlassen. Das neue Bürgerrechtsgesetz hätte die Einbürgerung von Verbrechern vorgesehen, was in diametralem Widerspruch zum Bundesrecht gestanden hätte. Auch vor diesem Hintergrund ist die Ablehnung des Gesetzes zu begrüssen.

Die SVP ruft den Kantons- und Regierungsrat auf, das Verdikt des Volkes zu akzeptieren. Das Resultat der Ab-

stimmung zeigt, dass ein genereller Rechtsanspruch auf Einbürgerung nicht mehrheitsfähig ist. Nur sehr wenige Gemeinden befürworteten das neue Bürgerrechtsgesetz. Die Zuständigkeitsbereiche der Gemeinden sind zu respektieren. Auch der Entscheid der Ausschaffungsinitiative wurde mit dem heutigen Beschluss bestätigt. Auch dies muss in eine neue Gesetzesvorlage einfließen.

Die Zürcher Bevölkerung hat klargemacht: Auch künftig sollen die Gemeinden für Einbürgerungen zuständig bleiben. Dies muss die Richtschnur für die neue Vorlage des Kantonsrates sein.

Rettet unser Schweizer Gold!
Jetzt unterschreiben:
www.goldinitiative.ch

Öffentlicher Anlass
Sessionsveranstaltung
Bericht zur Frühjahrssession

Zu Gast:
Nationalrätin Natalie Rickli

Dienstag, 27. März 2012, 20 Uhr
Restaurant Schwert, Wald

SVP des Bezirks Hinwil

LESERBRIEFE

Wieder Visumpflicht für Reisen in die USA?

«Die Schweiz wird erneut von den USA erpresst» titelt diese Woche der Tages-Anzeiger. Man sei erstaunt, äussern sich selbsternannte einheimische Weltbürger, dass die USA die Richtlinien zur Einreise in ihr Land für Schweizer verschärfen. Aber ist das wirklich so erstaunlich?

Die USA mögen für uns in verschiedenster Hinsicht ein manchmal nur schwer zu begreifendes Land sein. Wir meisseln die Portraits unserer Bundesräte nicht in die Berge, auf der Limmat haben wir ein striktes Verbot für Schauflerraddampfer und mit Ketchup gehen wir auf dem Hamburger auch etwas sparsamer um.

Auch wenn sich die USA nicht vor einer Masseneinwanderung aus der Schweiz fürchten muss, sehen sie sich veranlasst, ihre Einreisebestimmungen anzupassen. Dies stammt aber nicht aus der Feder eines übereifrigen Beamten in Washington, sondern basiert allein auf dem merkwürdigen Ver-

halten einiger unserer Politikerinnen und Politiker sowie auf unseren heute sanft angewendeten Einbürgerungsrichtlinien.

Namentlich die Nationalräte Geri Müller (AG) und Daniel Vischer (ZH) der Grünen Partei schiessen liebend gerne gegen die USA. Ihre leeren Floskeln interessieren zwar niemanden, treffen sich aber diese Weltverbesserer mit Exponenten der nachweislich terroristischen Hamas zu «fruchtbaren» Gesprächen, schrillen im Weissen Haus die Alarmglocken. Da interessiert nicht, ob sie nun Herr Obama als einen der Ihren bewundern. Die Erinnerungen an die Terroranschläge vom 11. September 2001 sind und bleiben in den USA höchst präsent und Bürgerinnen und Bürger aus einem Land, in dem Parlamentarier offen mit potenziellen Attentätern flirten, wird halt bei der Einreise genauer auf die Finger geschaut.

Besonders unsere unverständliche Einbürgerungspraxis kommt noch zu-

sätzlich zum Tragen. Ohne die Folgen abschätzen zu können, bürgern die Linken einfach mal vorsorglich alles ein, was eingebürgert werden kann. Nicht dass die Schweiz ursprünglich nur aus Engeln bestand, aber dieser realitätsfremde Humanismus gibt leichtfertig, nun mit von den USA spürbaren Auswirkungen, die Qualitäten unserer Staatsbürgerschaft preis.

Es stellt sich nicht die Frage, ob die Schweiz in diesem Thema nun aussenpolitisch streng gegenüber den USA auftreten soll, denn allein das merkwürdige Verhalten gewisser linken Politikerinnen und Politiker sowie ihre unweitsichtig ausgesandten Signale riefen die USA auf den Plan. Die USA bestimmen als souveräner Staat ganz alleine, wer und wie in ihr Land einreisen darf. Leider scheinen wir das bei uns vergessen zu haben!

Marcel Christoffel, Zürich

Gedanken zum Fall Lucie

Schon vor Jahren hat das Schweizer Stimmvolk die Verwahrungsinitiative angenommen. Diese sieht vor, dass nicht therapierbare Wiederholungstäter von der Allgemeinheit weggesperrt werden. Der Fall Lucie zeigt in einer kaum zu überbietenden Dramatik und Tragödie auf, dass der Volkswille von Rechtsverdrehern, Gutmenschen und Begutachtern missachtet wurde. Der Mörder von Lucie konnte diese Tat nur ausführen, weil eben diese Gutmenschen und Begutachter seine erste Tat für «normal therapierbar» erklärten. Dies ist nur ein Teil dieses furchtbaren Kapitels. Das zweite schrieb nun der Gerichtsprozess mit dem ausgesprochenen Urteil. Unter Berücksichtigung der nicht nachvollziehbaren Grausam-

keit und Brutalität, mit der der Täter die 16-jährige Lucie getötet und geschändet hat, stellt sich für mich und ich denke auch für Tausende von Schweizerinnen und Schweizer die Frage, was muss denn genau passieren, dass diese Bestien weggesperrt werden?

Man hört und liest nur immer von den Anwälten und Verteidigern der Täterschaft. Wo bleiben die Verteidiger der Opfer und Hinterbliebenen? Manchmal werde ich das Gefühl nicht los, dass das eigene Ego gewisser Leute über jegliche Vernunft und Menschenwürde obsiegt. Die Täter und deren Verteidiger sind immer wieder in aller Munde. Die Opfer, die schweigen meistens gezwungenermassen und ge-

raten in Vergessenheit. Wenn ich heute zu meiner Mutter nach Würenlingen im Kanton Aargau zu Besuch fahre, führt mein Weg zwangsläufig am Haus in Rieden bei Baden vorbei, in dem Lucie ermordet wurde. In Gedanken sehe ich das Blumenmeer, das von Hunderten Menschen, die damit ihre Betroffenheit und ihr Mitgefühl dem Opfer und seinen Angehörigen nach der Tat gegenüber kundtaten. Das Blumenmeer erinnert mich daran, eben nicht zu vergessen. Auch wenn ich Lucie nicht persönlich gekannt habe, verspreche ich ihr, ihren Angehörigen, vor allem aber der Justiz, den Verteidigern und den Begutachtern, dass ich sie nie vergessen werde und das ist gut so. Romeo Geissberger, Aeugst am Albis

Die Hirnabschaltung begann im Bundesrat!

Atomausstieg durch einen weiblich dominierten Bundesrat ohne irgendwelche Konzertation und ohne Alternativkonzept, Weissgeldstrategie mit einseitigen Abgeltungszahlungen, von Widmer-Schlumpf, vorläufig als alternativlose Rettung im Steuerstreit mit den USA und der EU im Eilverfahren dekretiert, forcierte Suche nach Asylunterkünften durch Sommaruga aufgrund der Masseneinwanderungen junger Männer aus den südlichen Mittelmeerländern, ohne den geringsten Versuch, das Übel bei der Wurzel, also bei der Masseneinwanderung anzupacken. So präsentiert sich die Lage der Schweiz diesen Frühling. Man kapituliert in Bundesbern und will nicht einmal verhandeln. Das könnte ja bei den uns feindlich gesinnten «Partnern» schlecht aufgenommen werden. Die Bündner Regierung opfert lieber eines der schönsten Täler, nämlich das Lugnez, und lässt dort einen Windpark zu, obwohl man zwischenzeitlich wissen sollte, dass Windräder und Solarenergie in unseren Breitengraden höchstens während 30 Prozent der Zeit Strom produzieren und eine ausgefeilte Regeltechnik voraussetzen. Das dürf-

tige Ergebnis von 2–3 Prozent Stromanteil am Gesamtmix steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den Investitionen. Pro Windrad braucht es 1500 Tonnen Beton, hohe Unterhaltskosten und die Lebensdauer kann sich mit einer Wasserkraftanlage oder einem Kernkraftwerk überhaupt nicht messen. Trotz jahrelanger Sparappelle steigt der Stromkonsum ständig und macht die Prognosen von Rot-grün zu Makulatur. Wie könnte es anders sein, wenn sich jährlich 70 000 bis 100 000 Ausländer hier niederlassen und die bereits mit 8 Millionen hoffnungslos überbevölkerte Schweiz belasten. Beim Klima machen nur noch die europäischen Regierungen mit und erwerben heisse Luft, die Klimazertifikate genannt werden, während alle andern Kontinente ausgestiegen sind und China Bestellungen für 90 Airbus-Flugzeuge sistiert, weil es die exorbitanten Klimazertifikate nicht mitfinanzieren will. Es wäre an der Zeit, wenn sich unsere Landesregierung endlich auf ihre Kernaufgaben besinnen würde.

Heinz Klaus, Morissen

Entsolidarisierung der Generationen

Schon immer haben ältere Menschen höhere Gesundheitskosten verursacht. Dass dies während der arbeitsaktiven Zeit mit höheren Krankenkassenprämien ausgeglichen werden kann, ist mit dem höheren Einkommen auch begründbar.

Es ist bekannt, dass sich im höheren Alter Gebrechen bemerkbar machen und somit auch hier und da ein Arzt aufgesucht werden muss. Viele ältere Menschen mussten früher ja auch schwerste Arbeiten verrichten, weil es

noch nicht viele Maschinen zur Arbeiterleichterung gab. Es scheint mir, als wolle Thomas J. Griching, Chef bei der Groupe Mutuel den älteren Versicherten mit seinem Prämienverschlager Geld aus dem Sack ziehen. Wenn aber die aktive Generation nicht mehr bereit sein sollte, wie bis anhin gleiche Krankenkassenbeiträge zu zahlen, begehen wir einen äusserst gefährlichen und unsozialen Weg, der in keiner Weise gerechtfertigt ist.

Walter Egli, Zürich

PARTEISEKRETARIAT AM NEUEN STANDORT

Viele Besucher am Tag der offenen Tür

Das SVP-Sekretariat öffnete am letzten Sonntag die Türen am neuen Standort in Dübendorf für interessierte Mitglieder und Sympathisanten.



Zauberer Johmeidü sorgte für Unterhaltung.

ZB. Seit dem 3. Januar 2012 befindet sich das Sekretariat der Zürcher SVP an der Lagerstrasse in Dübendorf. Nebst grosszügigen Platzverhältnissen und zeitgemässen Seminarräumen bietet der neue Standort auch eine gute Erreichbarkeit für motorisierte Besucher mit den dazugehörigen Parkplätzen. Um den Mitgliedern und Sympathisanten die neue Lokalität

näher zu bringen, veranstaltete das Parteisekretariat einen Tag der offenen Tür. Mehr als 100 Besucherinnen und Besucher nahmen diese Möglichkeit wahr und besichtigten die neuen Räumlichkeiten. Der Seminarraum wurde in ein Abstimmungstreff umfunktioniert. Die Anwesenden verfolgten die Abstimmungs- und Wahlergebnisse live mit – es gab reichlich zu diskutieren. Den Besucherinnen und Besuchern wurde ein Apéro riche offeriert. Auch verschiedene Politiker waren vor Ort. Bei Parteipräsident Alfred Heer, Nationalrätin Natalie Rickli und Fraktionspräsident Hans Frei konnten sich Interessierte über die aktuellen politischen Geschehnisse informieren. Nebst den neuen Räumlichkeiten, Politik und Apéro-Buffer zog der Zauberer Johmeidü Aufmerksamkeit auf sich. Seine Kartentricks sorgten für erstaunte Gesichter und Verblüffung.



Parteipräsident Alfred Heer und Nationalrätin Natalie Rickli im neuen Parteisekretariat.

Eine faszinierende
Zaubershow für ihren Anlass!
Zauberer Johmeidü
sorgt für gewünschte Unterhaltung
Telefon 044 820 02 89



SVP Wangen-Brüttisellen
präsentiert

Einsatz fürs Vaterland!
oder wie die junge Generation sich für unser Land engagieren kann.

Mit Gregor Rutz, Natalie Rickli und
Christian Tschärner

30. März 2012
Gsellhof Brüttisellen
Türöffnung 19:30



EINLADUNG

zur Parteiversammlung
SVP Stadt Winterthur

Mittwoch,
28. März 2012, 20.00 Uhr
Restaurant Hirschen,
Lindenplatz 2,
8408 Winterthur

Traktanden:

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
2. Standortbestimmung
3. Nomination Stadtratskandidat
4. Strategie Stadtpräsidium
5. Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident
D. Oswald



HERMANN LEI BLICKT AUF BEWEGTE ZEITEN ZURÜCK

Hintergründe zum Rücktritt von Philipp Hildebrand

Der Thurgauer Kantonsrat und Rechtsanwalt Hermann Lei zeigte am SVP-Politlunch auf, was sich im Fall Hildebrand alles aus seiner Sicht abgespielt hat. Dabei kam man sich live wie in einem Krimi vor, als er das Aufdecken der ganzen Affäre Revue passieren liess und damit auch gegen Filz und Mauscheleien ankämpfte.



Hermann Lei kam sich manchmal wie in einem Bananenstaat vor, wenn es darum ging, Philipp Hildebrand einen Persilschein auszustellen und jegliche Vorwürfe abzuwehren.

RoMü. Es hörte sich fast wie ein Krimi in Originalversion an, was die Besucher in Flaach vom Thurgauer Hermann Lei zu hören bekamen. Seit Anfang Jahr steht der SVP-Kantonsrat und Anwalt im Rampenlicht, nachdem seine unverhofft übertragene Rolle im Fall Hildebrand publik wurde. «Ich habe schwere Zeiten seit Anfang Jahr erlebt und bin jetzt daran, das Leben wieder zu ordnen», betonte Lei einleitend.

Der Präsident der Schweizer Nationalbank Philipp Hildebrand wurde in den Medien als Popstar in der Bankenwelt gefeiert. «Wir stellten dabei eine einseitige Berichterstattung fest, welche an diesem Star-Banker keine Zwei-

fel liessen», so Lei weiter. Für ihn änderte sich die Situation schlagartig, als ihm ein Bankmitarbeiter drei Seiten Papier mit brisanten Inhalt in die Hände drückte. «Wenn doch einer nicht mit Aktien und Währungen handeln respektive spekulieren darf, dann ist es sicher der oberste Hüter der Nationalbank», führte Lei in Bezug auf die entsprechenden Bankauszüge weiter aus. Er verwies dabei auf den Auftrag der Nationalbank, welcher in der Verfassung deutlich festgehalten ist. «Mit ihren Entscheiden beeinflusst sie die Wohlfahrt von uns allen», rief Lei in Erinnerung. Für ihn war klar, dass der oberste Währungshüter hier in einem gewaltigen Interessenkonflikt steckt und zugleich allgemein im Börsenbereich Insidergeschäfte verboten sind. In der Folge entschied sich Lei, Christoph Blocher in diese drei Seiten mit der entsprechenden Situation um die Person Hildebrand einzuweißen. Damit begann das Fiasko für den Thurgauer Anwalt. Allen hätte er dabei die Unterlagen übergeben können, aber nur nicht Blocher. Er nutzte den ersten Sessionstag dazu, um streng vertraulich und unter strengster Geheimhaltung die damalige Bundespräsidentin und zugleich die Vorsitzende des Wahlbehörde des Bankpräsidiums Micheline Calmy-Rey über die möglichen Ungeheimheiten von Hildebrand zu informieren. Das politische Feindbild vieler Politiker und den Medien aus Herrliberg kam dann plötzlich selber ins massivste Sperrfeuer, als am Neujahrstag die Sonntagmedien mit aller Härte gegen Blocher und die SVP schossen. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass

diese Medien von einer beauftragten PR-Agentur entsprechend mit Informationen versorgt worden sind.

Der 23. Dezember

Eine weitere Schlüsselstelle nimmt in diesem Politikrimi der 23. Dezember ein. Am Abend verschickt die Nationalbank eine Medienmitteilung, dass es sich im Fall Hildebrand um nur haltlose Gerüchte handelt. So kurz vor Weihnachten ging man davon aus, dass sich die Medien kaum weitere vertiefte Nachfragen anstellen würden. Lei merkte nun, dass die dabei genannten Daten mit seinen ihm bekannten Unterlagen übereinstimmten, aber deren Inhalte wesentlich verschwiegen wurden. «Ich habe darauf gesetzt, dass nun die Medien sich aktiv dieser Geschichte annehmen würden», so Lei weiter. Vorerst wurde aber daraus nichts. Unter dem enormen Druck stellt sich der Bankmitarbeiter und Lieferant der Bankinformationen an Silvester der Polizei. Doch damit war die Geschichte nicht zu Ende, sondern begann jetzt richtig zu laufen. Am 1. Januar erfolgte der eigentliche Kampagnenstart gegen die SVP und Chefstrategie und Nachrichtenüberbringer Christoph Blocher, indem die an Hildebrand geübte Kritik als Komplott der Partei gegen die Nationalbank dargestellt wurde. «Doch als einziges Medium nahm sich nun konkret die Weltwoche dieser Geschichte an und nannte Hildebrand einen Spekulanten», so Lei weiter. Am selben Tag wurde kurzfristig zu einer Medienkonferenz eingeladen, wo Hildebrand staatsmännisch und souverän alle an ihn gerichteten Vorwürfe von sich wies. Während die Schweizer Medien weiterhin Hildebrand als Opfer sahen, waren es ausländische Medien, welche kritisch über die Aktivitäten des Nationalbankpräsidenten berichteten. «An dieser Pressekonferenz hatte Hansueli Raggenbass bereits imposante Mails in seinem Hosensack, welche aber das Gegenteil aussagten», hielt Lei weiter fest. Gleichzeitig fiel sein Name und löste damit auch gegen Lei einen enormen Medienrummel aus. An einer folgenden Sitzung des Bankrates wurde Hildebrand zum Rücktritt aufgefordert und erst unter grossem Druck folgte er dieser Aufforderung. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hingegen überredete Hildebrand zu bleiben. Doch schlussendlich beugte sich dieser und trat am 9. Januar zurück. «Die Medienkonferenz war dabei eine meisterhafte Inszenierung durch die entsprechende BR-Agentur. Doch für Lei war die Sache damit noch nicht ausgestanden. Am frühen Morgen am 13. Januar stand die Polizei vor der Haustüre. Umfassende Hausdurchsuchungen und ein anschliessendes 10-stündiges Verhör folgten. Aktuell steckt Lei immer noch mitten in der entsprechenden Strafuntersuchung.

«Ich habe in diesem Fall als Freund und nicht als Anwalt des betroffenen Bankmitarbeiters gehandelt. Ich hatte weder Honorare verrechnet noch irgendeine Vollmacht gehabt», führte Lei aus. Dass sich die Politik mit diesen Ereignissen ziemlich schwer tut, machte Ueli Schluer deutlich. Nur eine PUK könnte hier mehr Licht in die ganze Geschichte bringen, da gegenüber dieser die Nationalbank auskunftspflichtig ist. Doch gegen eine solche regt sich wiederum ein gewisser Widerstand, welcher mit Christoph Blocher direkt in Verbindung steht. Da er selber ins Kreuzfeuer der Kritik kam und jetzt immer mehr recht erhält, will ihm seine Gegnerschaft nicht zu einem Erfolg verhelfen. Dabei hat er sehr korrekt gehandelt und direkt informiert. Für Lei ist auch unverständlich, dass die Nationalbank ein PR-Büro engagiert, welches den Auftrag hat, gezielt eine Kampagne gegen die SVP zu führen.

RAUB AUF DAS EIGENTUM

Frontalangriff gegen junge Familien und den Mittelstand

Eine Arbeitsgruppe des Finanzdepartements unter der Leitung von Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf schlägt gemäss Medienberichten vor, in Zukunft auf die Möglichkeit des steuerlichen Abzugs von Schuldzinsen, insbesondere im Hypothekbereich, zu verzichten. Die Forderung reiht sich ein in weitere eigentumsfeindliche und sozialistisch geprägte Ideen, die insbesondere den Mittelstand und junge Familien treffen.

SVP. So schlägt das Departement des Innern in einem Bericht die Beschränkung des Bezugs von Vorsorgegeldern für den Erwerb von Wohneigentum vor. Gleichzeitig braucht der Bundesrat just die Möglichkeit des Vorbezugs als Argument gegen eine Förderung des Bausparens. Die Zeche zahlen bei diesen bevormundenden Manövern immer wieder die Gleichen.

Die Bevormundung durch den Staat und das Zurückdrängen der Eigenverantwortung treiben immer buntere Blüten. Zielscheibe dieser grotesken Machenschaften sind dabei immer stärker der Mittelstand und junge Familien. Die Verfügbarkeit über das eigene Vermögen soll eingeschränkt und die Bil-

dung von Eigentum erschwert werden. Beides verstösst in krasser Weise gegen wichtige Säulen des Erfolgsmodells Schweiz und gegen ein liberales Gesellschafts- und Staatsmodell.

Die SVP wehrt sich mit Nachdruck gegen diesen behördlichen Raubzug auf das Eigentum und den eigenverantwortlichen Bürger. Höhere Abgaben, Streichung von Steuerabzügen, die Abschaffung der Privatsphäre und die Abwertung des Eigentums durch immer rigidiere Regulierungen schädigen den Mittelstand und nehmen jungen Familien ihre Perspektive. Die SVP macht hier nicht mit und kämpft gegen die schädlichen Ideen aus dem Finanz- und Innendepartement.

KRITIK DER SCHWEIZERISCHEN OFFIZIERSGESELLSCHAFT

Ausgestaltung der Armee: Verfassungswidrige Obstruktion des Bundesrates

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) reagiert äusserst befremdet auf die Versuche des Bundesrates, den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 zur künftigen Ausgestaltung der Armee zu sabotieren und insbesondere der Armee die vorgesehenen 5 Milliarden Franken zu verweigern. «Die Obstruktion des Bundesrates ist verfassungswidrig, schafft Rechtsunsicherheit und schadet dem Land und seinen Institutionen.»

politik.ch. In einer Medienmitteilung schreibt die SOG unter anderem: Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 2. März 2012 entschieden, den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011, der einen Armeebestand von 100 000 Angehörigen und einem jährlichen Ausgabenplafond von 5 Milliarden Franken vorsieht, nicht umzusetzen. Dieser Ausgabenplafond sollte den Kauf eines neuen Kampfflugzeugs – in vernünftigen Fristen – und die Behebung der gravierenden Ausrüstungslücken ermöglichen. Stattdessen will der Bundesrat den Bundesbeschluss vom 29. September 2011 in Frage stellen und dem Parlament abermals beantragen, den Armeebestand auf 80 000 Angehörige und das Budget auf jährlich 4,4 Milliarden Franken zu senken.

Es besteht kein Grund, auf den beschlossenen Armeebestand von 100 000 Angehörigen zurückzukommen. Dieser Bestand stellt das absolute Minimum dar, das die Armee zur Erfüllung ihrer verfassungsmässigen Aufträge benötigt. Es ist nicht zulässig, die Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Armee ständig zu ändern. Die vom Bundesrat vorgesehene Wiederholung der ganzen Diskussion ist ein reiner Leerlauf. Sie kostet unnötig Geld und Zeit, verzögert die nötige Modernisierung der Armee und die Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs und demotiviert nicht zuletzt die Angehörigen der Armee. Offen-

sichtlich steht der Bundesrat nicht hinter die Armee und will ihr darum die nötigen Mittel nicht zugestehen.

Schon der Entscheid des Bundesrates, die Beschaffung des neuen Kampfflugzeugs und die moderate Erhöhung des Ausgabenplafonds der Armee mit einem Sparpaket zu verknüpfen, ist ein unsachliches und unverantwortliches Manöver, das die SOG verurteilt. Heute wendet die Schweiz im europäischen Vergleich am wenigsten vom Bruttoinlandprodukt für die Verteidigung auf.

Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein

Es zeugt von einem Mangel an politischem Verantwortungsbewusstsein, wenn der Bundesrat einerseits das Volk im Glauben lässt, die Sicherheit des Landes sei ein entscheidendes Gut, andererseits aber die dafür nötigen Ressourcen unter das erforderliche Minimum senken will. Die SOG verlangt, dass der Bundesrat den Beschluss des Parlamentes vom 29. September 2011 respektiert und ihn ohne Wenn und Aber umsetzt. Die Weiterentwicklung der Armee ist mit einem Bestand von 100 000 Angehörigen und einem jährlichen Budget von 5 Milliarden Franken zu planen. Sie erwartet, dass sich Bundesrat und Parlament den Angehörigen der Milizarmee gegenüber, welche eine der wichtigsten Säulen der Sicherheit der Schweiz bildet, solidarisch und respektvoll verhalten.



Zu Gast im Europarat Strasbourg Mittwoch, 25. April 2012

Programm

- 07.00 Uhr **Abfahrt** mit Luxuscar ab Zürich, (Fahrzeit ca. 2½ Stunden)
- 09.45 Uhr **Ankunft** im Europarat
- 10.00 Uhr **Eintritt Europarat**, Einführung und Diskussion mit Felix Müri, Nationalrat, Alt Europarat, und Alfred Heer, Nationalrat, Europarat:

Bedeutung des Europarates für die Schweiz – Was ist die Menschenrechtskonvention?

Besuch der Tribüne des Europarates und des Gerichtshofes, kurze Filmvorführung über den Europarat und Führung durch den Europapalast mit Felix Müri und Alfred Heer

Danach Aperitif und gemeinsames Mittagessen in einem typischen Elsässer Restaurant in der Altstadt mit Felix Müri und Alfred Heer

- ca. 15.00 Uhr **Nachmittag zur freien Verfügung** für Schifffahrt, Altstadtbesichtigung, Shopping

- 17.30 Uhr **Rückfahrt** nach Zürich

- ca. 20.00 Uhr **Eintreffen** in Zürich

Kosten **Fr. 135.– pro Person** alles inklusive, (extra: Getränke, evtl. Stadtführung, Schifffahrt)

Anmeldung christoph.baehler@svp-zuerich.ch – Telefon 044 217 77 61



«Wir freuen uns, Ihnen den Europarat vor Ort vorstellen zu dürfen»



Felix Müri



Alfred Heer

Fadegrad

Roter Platz



VON ROLF A. SIEGENTHALER

Kennen Sie den Spruch: «Ein schönes Gesicht braucht Platz?» Damit wird die Lichtung beschrieben, die auf dem Kopf entsteht, wenn die Haare freier Fläche weichen. Auch eine schöne Stadt braucht Platz. Das ist einer der Vorzüge Zürichs. Über den See schweift der Blick in die Weite, aufgehoben nur vom weiss glänzenden Alpenkamm. Aber, sagen Stadtrat und Mehrheit des Gemeinderates, eine Stadt braucht angemessene Plätze. Das sagen sie seit längerem. Drum haben wir Erfahrung mit diesen architektonisch wertvollen, offenen, sauberen, mit Bauminseln und Einbauten wie Türmen oder «Treibhäusern» «möblierten», zum Flanieren und Verweilen einladenden, sehr teuren und meistens leeren Plätzen. Neu Oerlikon legt Zeugnis davon ab. Nun soll auch der Sechseläutenplatz zu einem solchen architektonischen Wunder mutieren. Lassen wir den Beschrieb des Stadtrates für sich sprechen: «Bei der Gestaltung stehen drei Grundprinzipien im Vordergrund: die optische Öffnung des Platzes, die Begrünung und die flexible Nutzung. Die Oberfläche des Platzes wird grösstenteils aus Valser-Quarzit bestehen. Verschiedene Elemente prägen den Platz: Bauminseln werden Schatten spenden und den Platz begrünen, Sitzelemente und ein Wasserspiel werden aus dem Sechseläutenplatz einen grosszügigen, ästhetisch überzeugenden Stadtplatz machen.» Der Valser-Quarzit ist leicht grünlich. Das soll wohl an die vordem bestehende Wiese erinnern. Zwar sind das Sechseläuten und der Zirkus Knie als wichtige Nutzer des Platzes unbestritten: «Auf das zentral gelegene «Feuerzentrum» aus Stahlplatten wird künftig der «Böögg» zu stehen kommen. Für den Zirkus gibt es bereits verschiedene fixe Verankerungen.» Aber, der normierte Platz, das normierte Feuer, das normierte und für alle Zeiten gleiche Zirkuszelt, da fragt man sich, in welcher Welt diese Leute leben? Und das führt zur nächsten Frage: Was stört eigentlich an der Wiese? Natürlich bestanden immer Probleme mit dem Platz, der aufgrund der intensiven Nutzung mit schwerem Gerät stark verdichtet war. Das Wasser lief bei Regen schlecht ab und die Wiese neigte dazu, an der Oberfläche sumpfig zu werden. Das wird mit dem neuen Hartplatz zweifellos besser. Auch die Reinigung mit Maschinen wird möglich. Das Gras unterzieht sich eben nicht allen architektonischen und politischen Wünschen nach Ordnung und Ästhetik. Grosse, offene Plätze sind repräsentativ, sie laden zum Aufmarsch. Die Unterstellung ist natürlich bössartig, aber mir kommt der rote Platz in den Sinn. Die jährlichen Paraden zum Gedenken an die Oktoberrevolution. Angesichts der politischen Verhältnisse in unserer Stadt, könnte unser Sechseläutenplatz nach Moskauer Vorbild umbenannt werden. Zwar fehlt das Lenin-Mausoleum, aber für 17,5 Mio. Fr. lässt sich bestimmt ein Parteibonze zum Einbalsamieren aufreiben.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Sechseläutenplatz als aschgraue «Plaza Mayor»: Vollendete Manipulationen auf dem grünen Acker

Es ist fast schon ein perfektes Exempel, wie man aus der rot-grünen Warte heraus ein übles Spiel der Manipulation betreibt. So wird die neue Gestaltung des Sechseläutenplatzes mit Massnahmen verknüpft, die Spurreduktionen zur Folge haben. Dabei hat dieser Platz eine lange Tradition als strategisches Vehikel, das gegen den Autoverkehr gerichtet ist. Hinter dem Parkhaus unter dem Platz versteckt sich denn auch eine perfide Form des «Road Pricing».



B. IM OBERDORF
GEMEINDERAT SVP
ZÜRICH 12

Es ist in der Tat ein unredliches Vorgehen des links-grünen Stadtrates mit der grünen Vorsterherin des federführenden Tiefbaudepartementes: Da werden manipulatorische Ränkespiele betrieben und es geht nicht mehr nur um die eigentliche Neugestaltung des Sechseläutenplatzes. Denn dieser soll gegen den See hin so erweitert werden, dass dies dort auf der Belrivestrasse einen Spurabbau zur Folge hat; das führt dann dank des Abzweigerverkehrs unweigerlich zu Staus, die bis nach Zollikon reichen können.

Verkehrsbehinderung hinter der Platzgestaltung ...

Deshalb beantrage die SVP eine moti-

vierte Rückweisung, die von Roland Scheck vertreten wurde; er argumentierte damit, dass ein Platz, mit dem sich die Menschen identifizierten, nicht weichen dürfe, nur weil dieser «dem Streben nach Grösse und internationaler Ausstrahlungshobie des rot-grünen Stadtrates nicht mehr genügt». An Stelle des 17 Millionen teuren grauen Projektes des Stadtrates könne man mit einem Kostendach von rund der Hälfte des Betrages den Sechseläutenplatz retten.

Da dieser Rückweisung erwartungsgemäss kein Erfolg beschieden war, ging das Geschäft in die Beratung; hier scheiterte auch die Trennung von Platzgestaltung und Verkehrsführung; damit ist zwar die notwendige und redliche Einheit der Materie verletzt – aber das kümmerte die linke Mehrheit im Rat auch nicht gross, wobei sich immerhin auch die christlichen Parteien auf die Seite der Unredlichen schlugen

– das wäre alles andere als ein himmlischer Tatbeweis.

... mit Vorfahrt für Velorowdys ...

Zum Ärger wird auch die geplante Veloführung, gemäss der die Radler rund um den Platz ihre Rennen fahren könnten (alle Macht dem Velo?), ein Ansinnen, welches von Roland Scheck ebenfalls ins Visier genommen wurde: Er geisselte die Rücksichtslosigkeit der Velofahrer und überliess es der Phantasie der Ratsmitglieder, sich vorzustellen, «welche Geschwindigkeiten diese Velos auf so einem grossen Platz erreichen – voll losgelassen auf Familien und Kinder, die der Stadtrat eigentlich auf diesen Platz locken möchte». Auch dieser rote Teppich für die Velorowdys fand im Rat eine Mehrheit.

Betrachtet man auch die naturfeindliche, steinerne, graue Platzgestaltung, dann hat Zürich auf der ehemaligen

Sechseläutenwiese in der Tat «aschgraue Aussichten».

... bis zum hinterhältigen Road Pricing

Der Schreibende wies in seinem Votum darauf hin, dass der Sechseläutenplatz eine lange Tradition als gegen das Auto gerichtete Strategie besitze: Schon zu seiner Zeit als Präsident der Verkehrskommission vor bald zehn Jahren ging es der Linken darum, bei der Umgestaltung des Platzes in seinem Untergrund ein Parkhaus zu realisieren, auf dass dafür oberirdische Parkplätze abgebaut werden können, bis hin zum Münsterhof.

Dabei soll das Parkhaus möglichst klein werden, nicht nur, weil damit bloss ein Minimum an Kapazität geschaffen werden soll, sondern auch weil ein kleines Parkhaus pro Platz wesentlich teurer wird, so dass dann desto höhere Kosten als hohe Tarife auf die Autofahrer überwälzt werden können: Das ist ein besonders hinterhältiges «Road Pricing» am ruhenden Verkehr, weil tariflich günstige, in der Nacht und am Wochenenden gar kostenfreie oberirdische Parkplätze in den rund um die Uhr und die Woche teuren Untergrund verbannt werden; eine Taktik, die in Zürich seit einiger Zeit systematisch betrieben wird.

STADTZÜRCHER ABSTIMMUNG VOM 11. MÄRZ 2012

Strichboxen in Altstetten – ein Quartier wird gemobbt

Die SVP der Stadt Zürich bedauert den knappen Ausgang der Abstimmung zu den Strichboxen in Altstetten ausserordentlich.



GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PRÄSIDENT
SVP STADT ZÜRICH

Leider reichte der Nein-Stimmen-Anteil, der trotz Alleingang der SVP dem zweieinhalbfachen Wähleranteil der SVP entspricht, nicht. Das Resultat ermuntert uns aber, die kraftvolle Oppositionspolitik weiterzuführen.

Lauthalse Versprechungen der Stadt

Was bereits im Vorfeld der Abstimmung bei vielen Kontakten mit der Bevölkerung zum Ausdruck kam, nämlich dass die Bevölkerung in den linken Stadtkreisen froh war, eben selbst nicht mit Strichboxen bedient zu werden, hat sich heute bewahrheitet.

Die Mehrheit der Stimmbewölkerung vertraute offensichtlich den lauthalsen Versprechungen des Stadtrates, dass mit der Errichtung der Drive-In-Verrichtungsboxen das Strassenstrichproblem gelöst sei und entschied sich gegen die ausdrücklich ablehnende Haltung der Bevölkerung im Quartier Altstetten.

Angesichts der Tatsache, dass der rot-grüne Stadtrat nach wie vor (und speziell auch nicht im Zusammenhang mit dieser direkt davon abhängenden Abstimmungsvorlage) keinerlei öffentliche Kritik an den verheerenden Auswirkungen Personenfreizügigkeit übt, zweifelt aber die SVP Stadt Zürich stark an einer stadtweiten Entlastung.

Altstetten wird an den Rand gemobbt

Asylunterkünfte mit kriminellen Asylananten, Zuhälter-, Osteuropastrich- und Freier-Eldorado – Altstetten wird vom Stadtrat nicht nur geographisch an den Rand gedrängt, sondern auch regelrecht dahin gemobbt. Die SVP erinnert die Stadt Zürich im Allgemeinen, die Stadträte Leupi und Waser im Besonderen, an ihre volle und alleinige Verantwortung für das Wohl der Bevölkerung und des Gewerbes des Quartiers. Die SVP verlangt vom Stadtrat konsequente Kontrollen zur Verhinderung auch nur kleinster Zunahme von Prostitution, Kriminalität, Schmutz und Verslumung im engeren und weiteren Umfeld der Strichboxen.

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Sechseläutenplatz – erneuter Spurabbau in Zürich



GEMEINDERAT
MAURO TUENA,
FRAKTIONSCHEF
ZÜRICH 4/5

Eigentlich geht es beim zu behandelnden Geschäft um die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes. So auch der Titel dieser Vorlage. Erst beim genauen Durchlesen der stadträtlichen Weisung bemerkt man, dass der Stadtrat gleichzeitig mit der Neugestaltung des Sechseläutenplatzes am vielbefahrenen Utoquai stadteinwärts entlang des Sechseläutenplatzes eine Abbiegespur des motorisierten Individualverkehrs Richtung Bellevue abbauen will. Die Konsequenzen sind klar: Durch diese Verengung mittels Spurabbau staut sich der Verkehr auf einer der wichtigsten Einfahrtsstrecken nach Zürich kilometerlang zurück. Die Folgen sind massiv. Dass der Stadtrat erneut eine Verkehrsbehinderung mit einem an sich anderen Geschäft direkt verknüpft, ist für die SVP nicht tolerierbar.

Der Sechseläutenplatz ist einer der meistgenutzten Orte in Zürich. Am bekanntesten ist wohl die Nutzung durch die Zünfte, aber auch der Zirkus Knie oder das ZüriFäscht gastieren an besagter Lokalität. Betrachtet man alle Aktivitäten auf dem Platz zusammen,

erscheint eine Umgestaltung mit Steinplatten als wenig sinnvoll. Eine schön gestaltete, stabile Wiese mit Bäumen, Gebüsch und einem Kiesplatz für Boulevard-Gastronomie ist sicherlich zweckdienlicher. Der Preis hierfür läge mit ca. neun Millionen Franken auch wesentlich tiefer. Hierfür stellt die SVP einen entsprechenden Rückweisungsantrag an den Stadtrat.

Ginge es nach dem Willen des Stadtrates, wäre auf dem grossen Steinplatz – der von vielen Menschen zum Flanieren, zum Bestaunen der Wasserspiele, zum Dinieren in den Boulevard-Cafés oder einfach nur zum Dasitzen genutzt wird – das Befahren mit Velos erlaubt und diese könnten unbeirrt kreuz und quer darüber brettern. Dies ist viel zu gefährlich. Das zeigen unzählige Beispiele in unserer Stadt. Das Limmatquai lässt grüssen. Für dieses Ansinnen hat die SVP ebenfalls kein Verständnis.

Da für die SVP der geplante Spurabbau am Utoquai sowie das Erlauben von Velofahrern auf dem geplanten Platz nicht in Frage kommen, stellt sie entsprechende Minderheitsanträge. Sollten diese keine Mehrheit finden, wird sie angesichts der gravierenden Massnahmen zu Ungunsten des motorisierten Individualverkehrs am Utoquai die Vorlage als Ganzes ablehnen.

LESERBRIEF

«Mehr Demokratie mit staatlichen Medien?»

Zum Artikel von Natalie Rickli, ZB Nr. 10 vom 9.3.2012

Die Linke hat die Kosten für die Plakatwerbung bei Abstimmungen untersuchen lassen. Sie schreit nach Gerechtigkeit und prangert die bürgerlichen Parteien (gemeint ist hier wohl nur die SVP – sonst gibt es ja keine bürgerliche Partei mehr in unserem Land) an, dass diese viel mehr Mittel für die Abstimmungswerbung aufbringen könne als die Linke. Wenn man nun die Information im reichhaltigen und gut recherchierten Artikel liest, erkennt man die Strategie ganz klar: Die Linke hat die Mainstream-Medien besetzt und will nun ihre Machstellung auf Staatskosten ausbauen. Gleichzeitig prangert sie die reichen Bürgerlichen an, dass

sie die Werbung privat finanzieren! Ich will damit nicht sagen, dass wir fordern sollten, dass der Staat unsere Werbung finanziert – ich unterstütze keine Form des Sozialismus, aber ich denke, es wäre an der Zeit, dies in diesem Zusammenhang deutlich zu machen und eventuell in einer Motion einzubringen. Werden die Kosten der staatlich finanzierten Werbung in den Mainstream-Medien für die linken Anliegen einmal amtlich aufgerechnet, inklusive der im Artikel erwähnten Fördergelder, dann gibt das ein etwas korrekteres Bild. Die medien-sozialistischen Anliegen der Linken sind absolut empörend und erinnern an die Zeiten der Staatsmedien in den UDSSR und anderer totalitärer Staaten.

Johann Widmer, Zürich



Unterstützen Sie uns

Um unser Ziel – Erhalt eines attraktiven und konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandortes Schweiz – zu erreichen, ist die IG Schweizer Unternehmer auf Ihre geschätzte Unterstützung angewiesen.

Unterstützen Sie die IG Schweizer Unternehmer mit einem Sympathiebeitrag von jährlich mindestens Fr. 20.–.

Als Unterstützer erhalten Sie aus erster Hand aktuelle Informationen über wirtschaftspolitische Entscheide in unserem Land.

IG Schweizer Unternehmer gegen wirtschaftsfeindliche Initiativen
Toggwilerstrasse 96, 8706 Meilen

Wöchentliche Fernsehshow mit Christoph Blocher



Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehshow wird jeweils am Samstagabend ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

19. Zürcher Ratsherren-Schiessen

Montag, 16. Juli 2012, im Bezirk Pfäffikon.

SVP-KANTONSRAVSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion

Montag, 19. März 2012, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach

Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Luzernerstrasse, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden

Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht

Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen

Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach

Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Seuzi-Kafi, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich

Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Partehöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur

Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Winterthur / Seen

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen

Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5

Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6

Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 10

Jeden zweiten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Guido's Restaurant, Alte Trotte, Limmattalstrasse 88, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen (am Schwamendingerplatz), Zürich-Schwamendingen.

Winterthur Altstadt, Veltheim, Mattenbach und Töss

Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Central, Wülflingerstrasse 5, Winterthur.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Wil

Sonntag, 1. April 2012, 10.00 Uhr, Musiklokal, Dorfstrasse 35 (hinter Restaurant Frieden), Frühschoppen zum Thema «Sanierungsfall Beamtenversicherungskasse». Referent: Kantonsrat Matthias Hauser, Hüntwangen.

Bezirk Hinwil

Dienstag, 27. März 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schwert, Wald, Sessionsveranstaltung «Bericht zur Frühjahrs-session». Nationalrätin Natalie Rickli ist als Gast anwesend. Der Anlass ist öffentlich.

Bezirk Hinwil / Wetzikon

Freitag, 23. März 2012, 19.30 Uhr, Restaurant Rössli, Robenhausen, Generalversammlung mit Abendessen.

Bezirk Meilen / Uetikon am See

Montag, 19. März 2012, 18.30 Uhr (Apéro ab 18.00 Uhr), Gemeindefaal Zentrum Leue, Mittelwiesstrasse, Männedorf (PP in Tiefgarage und bei P&R oberhalb Bahn), ordentliche Delegiertenversammlung.

Bezirk Pfäffikon / Bauma

Freitag, 30. März 2012, 20.00 Uhr, Bistro Halliträff, Generalversammlung mit Referat von Kantonsrätin Anita Borer. Es wird ein Imbiss serviert.

Bezirk Pfäffikon / Wila

Mittwoch, 18. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Heuboden, Wila, 64. Generalversammlung.

Bezirk Uster / Wangen-Brüttisellen

Freitag, 30. März 2012, 19.30 Uhr (Türöffnung), Gsellhof, Brüttisellen, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Einsatz fürs Vaterland! oder wie die junge Generation sich für unser Land engagieren kann» mit Kantonsrat Gregor Rutz, Nationalrätin Natalie Rickli und Christian Tscharner.

Bezirk Winterthur / Pfungen

Samstag, 7. April 2012, 10.00–15.00 Uhr, beim Dorfkafi Rössler, «Eiertütschen». Die Eier werden gratis abgegeben.

Winterthur Stadt / Wülflingen

Mittwoch, 18. April 2012, 19.00 Uhr, Restaurant Tössrain, Wieshofstrasse 109, Winterthur, Generalversammlung.

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich

Donnerstag, 3. Mai 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 14. August 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 25. Oktober 2012, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 29. Januar 2013, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 17. März 2012, 10.00–15.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnet-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), 1. Zukunftseminar. Parteipräsident Toni Brunner widmet sich diesmal, zusammen mit SVP-Nationalrat Lukas Reimann, folgendem Thema: «Wie plane ich meine politische Karriere?» Zielgruppe: Junge Mitglieder und Sympathisanten der SVP zwischen 16 und 36 Jahren sowie Mitglieder der JSVP. Anreise: Auto: Von Wattwil in Richtung Wildhaus fahren, die Umfahrungsstrasse Ebnet-Kappel benutzen und vor Krummenau links Richtung Wintersberg/Bendel/Hemberg abbiegen. Dann geht's rund 2 km den Berg hinauf. Bahn: Auf Voranmeldung Abholdienst ab Bahnhof Krummenau (Ankunftszeit: 9.45 Uhr). Die Teilnehmerzahl pro Anlass ist beschränkt. Die Seminare sind gratis. Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Fragen und Anmeldung bei Marcia Cerantola, cerantola@svp.ch, 031 300 58 58. Bitte Folgendes angeben: Name, Vorname, Adresse, E-Mail, Natel-Nummer und ob Anreise mit dem Auto oder Zug erfolgt.

Sonntag, 18. März 2012, 18.25 Uhr (Wiederholung immer nach einer Stunde), SonnTalk bei TeleZüri, u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Dienstag, 24. April 2012, 20.00 Uhr, Restaurant Schiffli, Diepoldsau/SG, Referat von Nationalrat Hans Fehr «Die SVP am Puls des Volkes» im Rahmen der Generalversammlung der SVP Diepoldsau.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten

Sonntag, 22. April 2012, 08.45 Uhr, **1. Ausfahrt.** Treffpunkt: Restaurant Ratenpass (zwischen Ägeri und Biberbrugg). Abfahrt: 09.30 Uhr (bei guten Wetter). Der Anlass findet bei JEDEM Wetter statt. Ist eine Ausfahrt nicht möglich, bleiben wir zu einem gemütlichen Frühstückshöck. Sollte das Wetter gut sein, werden wir eine schöne erste Tour dort starten.

Sonntag, 20. Mai 2012, **2. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 24. Juni 2012, **3. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 22. Juli 2012, **4. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 19. August 2012, **5. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 16. September 2012, **6. Ausfahrt:** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung

Freitag, 27. April 2012, 12. ordentliche Generalversammlung. Nähere Angaben folgen.

Höcks

Dienstag, 8. Mai 2012, 19.30 Uhr, **1. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 7. Juni 2012, 19.30 Uhr, **2. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Dienstag, 10. Juli 2012, 19.30 Uhr, **3. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Donnerstag, 9. August 2012, 19.30 Uhr, **4. Höck.** Nähere Angaben folgen.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660-6701

Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,5% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadiant (gad.)
Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz
General-Wille-Strasse 147, Postfach,
8706 Feldmeilen
Tel. 044 924 20 70, Fax 044 924 20 79
inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Dienstag 17.00 Uhr
Insertionspreis 95 Rp., Gelegenheitsinserate (private) mind. 20 mm, 2-spaltig, Fr. 30.–
+ 8% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:

Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

Dienstag, 11. September 2012, 19.30 Uhr, **5. Höck.** Nähere Angaben folgen.

Jahresschlussstreifen

Freitag, 12. Oktober 2012, Jahresabschlussstreifen. Weitere Angaben folgen.

Sommerreise

Freitag, 3. August 2012 bis Sonntag, 5. August 2012, Sommerreise. Nähere Angaben folgen.

Einladung zur Generalversammlung 2012 der SVP Wülflingen

vom Mittwoch, 18. April 2012, 19.00 Uhr,

Restaurant Tössrain, Wieshofstrasse 109, 8408 Winterthur

Gerne lade ich Sie zur diesjährigen Generalversammlung der SVP Wülflingen mit den nachstehenden Traktanden ein. Sei es als Mieter, Wohneigentümer oder sogar als Firmeninhaber, von einem Einbruchdiebstahl können alle betroffen sein. Unter dem Titel «Einbruch nicht bei mir» wird Herr Rolf Gasser von der Kantonspolizei Zürich einen interessanten Vortrag halten und Ihnen hilfreiche Tipps zur Einbruchsprävention vermitteln. Nutzen Sie die Gelegenheit und kommen Sie an die GV!

Traktanden:

1. Begrüssung
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Jahresbericht des Präsidenten
4. Mutationen
5. Abnahme der Rechnung 2011
6. Mitgliederbeitrag 2012
7. Budget 2012
8. Anträge (bis 13. April schriftlich und unterzeichnet an den Präsidenten)
9. Berichte aus den Behörden (Schul-/Kirchenpflege) und Gemeinderat
10. Genehmigung des Protokolls der GV 2011
11. Verschiedenes

Der Präsident: J. Lisibach

Abmeldungen bitte an den Aktuar, Patrick Meier,
Tössstrasse 361c, 8482 Sennhof.
E-Mail: meipa@bluemail.ch, Fax 052 222 52 84

